

Neudruck

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zur Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion „Flüchtlinge in Brandenburg – Unser Anspruch, unser Ziel: Die umfassende und notwendige Unterbringung, Versorgung und Integration gewährleisten“, Drucksache 6/2956

Menschenwürdige Unterbringung und Integration gemeinsam gestalten

Das Land Brandenburg steht wie Deutschland insgesamt derzeit vor der Herausforderung, eine hohe Zahl von Geflüchteten vor allem aus den Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan und Irak menschenwürdig unterzubringen und zu integrieren. Wir wollen, dass Schutzsuchende bei uns gut aufgenommen, untergebracht, betreut, versorgt und integriert werden. Mit dem Beschluss „Aufnahme, Betreuung und Integration auch unter den neuen Rahmenbedingungen gewährleisten“ (DS 6/2647) hat der Landtag entsprechende Prämissen gesetzt. Damit Integration gelingt, bedarf es bestimmter finanzieller und struktureller Voraussetzungen sowohl auf lokaler und kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene.

Der Landtag stellt fest:

1. Integrationspolitik ist ein dauerhafter Prozess und eine langfristige Aufgabe von Bund, Land und Kommunen, bei der jede Ebene ihrer Verantwortung nachkommen muss. Die menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Integration bleibt unser Anspruch und unser Ziel. Die Grundlage für die Integrationspolitik der Landesregierung bildet das Integrationskonzept „Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg“ (DS 5/8736) aus dem Jahr 2014 und die in ihm beschriebenen Handlungsfelder.
2. Unzählige Ehrenamtliche haben sich in den vergangenen Monaten organisiert und eigeninitiativ geholfen. Ihre Unterstützung hat es ermöglicht, dass Schutzsuchende gut aufgenommen, untergebracht, betreut und versorgt werden. Durch eine verstärkte Förderung von Willkommensinitiativen und speziellen Programmen zur Fortbildung ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer und -helferinnen haben wir begonnen, die seit Wochen und Monaten aktiven Helfer zu entlasten und besser zu unterstützen.
3. Die Kommunen unternehmen die größten Anstrengungen bei der Unterbringung und Integration, um sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen.

Die Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingen ist eine zentrale Herausforderung sowohl für das Land als auch für die Kommunen.

Wir bitten die Landesregierung:

1. die jährliche Zusammenstellung der entsprechenden Daten und Fakten, wie sie im Landesintegrationskonzept 2014 verankert ist, voranzutreiben und im ersten Quartal 2016 einen Bericht zu aktuellen Daten, Fakten und Entwicklungen zu Migration und Integration im Land Brandenburg zu geben. Dieser soll Grundlage für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Integrationspolitik sein.
2. mit dem Entwurf des Nachtragshaushaltes 2016 sowohl die erforderlichen Herausforderungen der Migrations- und Flüchtlingspolitik, als auch jene für die Bereiche Bildung, Polizei und Justiz zu berücksichtigen.
3. bei der Novellierung des Landesaufnahmegesetzes die Zielstellungen des Landesintegrationskonzeptes wie die Schaffung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten in den Kommunen, die Stärkung der migrationspolitischen Beratung und Betreuung, Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung einschließlich der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte sowie spezielle Hilfen für besonders Schutzbedürftige zu beachten.
4. durch Unterstützung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus und den Ausbau der Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen die Kommunen zu entlasten.
5. zu prüfen, ob das Landesprogramm zur Förderung des Spracherwerbs nicht nur weitergeführt sondern auch ausgebaut werden kann. Sprache ist die Grundlage, damit Integration gut gelingt, und Voraussetzung für Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration.
6. bei der Umsetzung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes die Ermessens- und Entscheidungsspielräume für eine humanitäre Ausgestaltung der Flüchtlingspolitik in Brandenburg zu nutzen.
7. den Bund aufzufordern, umgehend Klarheit und Struktur in die Verfahren der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu bringen und seiner finanziellen Verantwortung gerecht zu werden.

Klaus Ness
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN